

İsta

BÜLTEN BULLETIN

**INFO-TÜRK AJANSI
AGENCE INFO-TÜRK
INFO-TÜRK AGENTUR
INFO-TÜRK AGENCY**

MONATLICHES INFORMATIONSBLATT
Verleger : COODIFF - Square Ch.
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel
Tel : 0032 - 2 - 230 34 72 Belgien

5.Jg. - Januar 1981

Deutsche Ausgabe Nr. 27

Preis ; DM 4,50

Jahresabonnement ; DM 45,00

Nachdruck von Artikeln unter
Quellenangabe INFO-TÜRK erlaubt

DA DIE FASCHISTISCHE MILITÄRJUNTA IN DER TÜRKEI DURCH
DIE DIE AUSLAND LEBENDEN SOZIALISTEN, PROGRESSIVEN UND
DEMOKRATEN ZWECKS ERRICHTUNG DER DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI
GESTARTET HABEN, IN PANIK GERATEN. IST, HAT SIE ZUFLUCHT
ZU NEUEN REPRESSIVEN MASSNAHMEN GENOMMEN.

SIE SPRICHT IHREN
GEGNERN DIE
TÜRKISCHE
STAATSBÜRGERSCHAFT
AB UND ERKLÄRT IHRE
PÄSSE FÜR UNGÜLTIG

DIESE MASSNAHME
WURDE ZUERST AUF
FRAU BEHİCE BORAN
DIE PRÄSIDENTIN DER
ARBEITER PARTEI DER
TÜRKEI " TIP "
ANGEWANDT.



Am 28.01.1981 gab das Europa Komitee für Demokratie in der Türkei, folgende Presseerklärung heraus.

PRESSEERKLÄRUNG ;

Das Koordinationssekretariat des faschistischen Militärregimes in der Türkei ließ heute durch die türkische Presse, Radio- und Fernsehsendungen folgende erschütternde Nachricht verkünden:

"Die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) Frau Behice Boran und der Vorsitzende der türkischen Lehrgewerkschaft TOB-DER Gültekin Gazioglu, die sich zur Zeit im Ausland befinden, haben sich bis zum 25. Febr. 1981 den Militärgerichten zu stellen. Andernfalls wird ihnen ihre Staatsbürgerschaft abgenommen".

Die Ausreise der 70jährigen Vorsitzenden der Arbeiterpartei der Türkei und der unbeugsamen Kämpferin für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus in der Türkei, Frau Behice Boran, die an einer Erkrankung der Koronararterien des Herzens leidet, konnte durch die massive Unterstützung der in- und ausländischen Demokraten erzwungen werden.

Frau Behice Boran, die sich immer noch in ärztlicher Betreuung befindet, gab auf diesen gegen die Menschenrechte verstoßenden Beschluß des Koordinationssekretariats, die folgende Erklärung ab:

"Dieser Beschluß ist fundamental fern von jeglichem Rechtsverständnis und Legalität. Eine solche Ausbürgerung hat die Menschheit noch nicht erlebt. Diese Macht, die mit Waffengewalt die verfassungsmäßige Ordnung aufgehoben, die große Nationalversammlung der türkischen Republik aufgelöst, und die unabdingbar dem Volke gehörende nationale Souveränität in die Hände von 5 Generälen gegeben hat, besitzt selbst keine Legalität.

Weder eine solche Macht, noch irgend eine andere Behörde kann mich durch ihre Beschlüsse von meinem Volk, dem ich für seine Unabhängigkeit mein Leben geopfert habe, trennen.

Unser Land werden wir ihnen nicht überlassen".

BEHICE BORAN

Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei

FRAU BEHICE BORAN,
DIE VORSITZENDE DER ARBEITERPARTEI DER TURKEI TIP

Behice Boran, die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei TIP war und bleibt eine der vorrangigen Zielscheiben für die Angriffe der reaktionären Kräfte der Türkei.

Als das Militärregime aus der Intervention vom 12. März 1971 hervorging, wurde Frau Behice Boran im Alter von 61 Jahren zu 15 Zuchthausstrafe verurteilt, die sie in Adapazari unter unmenschlichen Bedingungen bis zum Juli 1974, dem Datum ihrer Amnestie, erdulden mußte.

Das war nicht das erste Mal, daß Frau Behice Boran in Konflikt mit den reaktionären Kräften des Landes geriet. Mit Mut und Tapferkeit hat sie ihr ganzes Leben lang gegen Faschismus gekämpft, und ist für den Sozialismus und nationale Unabhängigkeit in der Türkei eingetreten. Sie gehört zu denjenigen, die während der dunklen Periode des Einparteiensystems mit der Republikanischen Volkspartei CHP, die in ihrem Programm an der Tradition des "Einheitschefs" festhielt, von 1923 bis 1946 den Kampf für die Demokratie führten. Sie führte diesen Kampf in den Zeitungen, die sie während dieser Zeit herausgab: "Das Land und die Welt", "Die Schritte" ...

Von 1938 bis 1946 war sie mit Kursen an der Fakultät für Literatur von der Universität Ankara beauftragt. Nachdem sie an der Universität von Michigan in den Vereinigten Staaten in Soziologie promovierte, unternahm sie soziologische Studien über die Sozialstruktur der Türkei und wurde in diesem Zusammenhang eine der Hauptzielscheiben für Angriffe aus dem faschistischen Lager, die sich gegen die progressiven Mitglieder des Lehrkörpers richteten. 1946 verlor sie ihren Posten an der o.g. Fakultät. Vom Gericht freigesprochen konnte Frau Behice Boran nicht an die Universität zurückkehren, da das Ministerium für Nationalerziehung in der Zwischenzeit den Lehrstuhl für Soziologie gestrichen hatte.

Anschließend wurde sie zu der Vorsitzenden der "Vereinigung der Freunde des Friedens" gewählt, die 1950 gegründet wurde. Da diese Vereinigung gegen den Einsatz türkischer Soldaten in Korea protestierte, wurde sie aufgelöst, ihre Vorsitzenden verhaftet und zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt, sodaß Frau Behice Boran ihren einzigen Sohn im Gefängnis zur Welt bringen mußte.

Ihrer politischen Rechte beraubt, ernährte sie in der Folgezeit ihre Familie von Übersetzungsarbeiten. Dies geschah während der Periode der Demokratischen Partei DP, in der eine Welle reaktionärer Politik in der Ära Mec Carthy's ausgelöst wurde.

In der relativ demokratischen politischen Atmosphäre nach 1960 erlangte Frau Behice Boran ihre politischen Rechte wieder und trat 1962 in die Arbeiterpartei der Türkei TIP ein, wo sie ihren Kampf inmitten dieser einzigen legalen sozialistischen Partei weiterführte.

Als eine der 15 Abgeordneten der Arbeiterpartei der Türkei TIP im Parlament von 1965 verteidigt sie dort die Interessen des arbeitenden Volkes.

1970 wurde sie zum Nationalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei und im Oktober des gleichen Jahres zur Vorsitzenden durch den 4. Nationalkongreß der TIP gewählt. Die erste Periode ihrer Zeit als Vorsitzende der Partei fiel mit den politisch dunkelsten Tagen der Türkei in diesen letzten Jahren zusammen. Es handelt sich um den Generalangriff der reaktionären Kräfte, die im Begriff sind, den Neofaschismus in der Türkei zu etablieren.

Man leitete gegen die Parteiführung Untersuchungen ein, in der Absicht die einzige legale politische Organisation der Linken zu unterdrücken. In diesem Zusammenhang fand der Militärputsch am 12. März 1971 statt. Die Parteiführung wurde verhaftet und die Partei am 20. Juli 1971 verboten.

Der Prozeß gegen die Parteiführung hat mehr als 1 1/2 Jahre gedauert und wurde mit Strafen abgeschlossen, die bis zu 15 Jahre Gefängnis betragen. Frau Behice Boran wurde zu 5 Jahren Zwangsaufenthalt in einem überwachten Haus in der Stadt Giresun verurteilt.

Frau Behice Boran, die durch ihr mutiges, entschlossenes und tapferes Verhalten vor den Militärgerichten ein Vorbild für die moralische Stärke der Revolutionäre abgegeben hat, berichtete in der Einleitung ihres Buches "Der Prozeß der Arbeiterpartei der Türkei aus zwei Gesichtspunkten gesehen" (IKI ACIDAN TÜRKIYE ISCI PARTISI DAVASI - BILIM YAYINLARI No. 9 - Istanbul 1975), wie sie die Situation seit ihrer Festnahme einschätzt:

"Die de facto existierende Ordnung konnte die Existenz einer Partei der Arbeiterklasse, einer sozialistischen Partei nicht verkraften. Die Arbeiterpartei der Türkei und die sozialistische Bewegung, die sie repräsentierte, mußte liquidiert werden und wurde liquidiert. Zumindest wurde es angenommen, daß sie liquidiert worden sei. Es war unbekannt, oder es wurde vergessen, daß die gesellschaftlichen, politischen Bewegungen aus den objektiven Bedingungen und Bedürfnissen entstehen. So lange dieser objektive Zustand anhält, oder sogar sich weiterentwickelt, ist es unmöglich, daß sich dieser Zustand in dem Bewußtsein der Menschen nicht widerspiegelt, die Menschen nicht dazu veranlaßt Lösungswege zu suchen und zu finden. Die Bewegungen, die aus diesen Bedingungen und Bedürfnissen entstehen, dauern in ihrem Wesen ständig an, auch wenn sie sich in ihrer Erscheinungsformen verändern. Auch in der Türkei würde die sozialistische Bewegung auf jeden Fall ihren Ausdruck auf der politischen Ebene finden und an die Wasseroberfläche treten, unabhängig davon wie das Urteil dieses Gerichtes aussehen wird. Die Bewegung der Arbeiterpartei der Türkei würde unter den neuen Bedingungen eine neue Form annehmen und ihren Platz im Geschichtsprozeß einnehmen. Deshalb mußte aus dieser breiten Perspektive ein Punkt gesetzt werden, als die Existenz der Arbeiterpartei der Türkei zumindest im Sinne der Rechtssprechung endete."

"Das bedeutete, daß der legale Kampf der Arbeiterpartei der Türkei TIP, den sie unter den konkreten Bedingungen und Situationen für Demokratie und Sozialismus führte, noch nicht völlig abgeschnitten war. Deshalb war es notwendig, daß ich auch in dieser äußerst wichtigen Situation - in diesem Prozeß als ein Mitglied und Funktionär der Partei, die Eigenschaften, die Ansichten der Arbeiterpartei der Türkei veröffentlichte und verteidigte, den Sozialismus gegen den Kapitalismus und die Ideologie der Arbeiterklasse gegen die Ideologie der Bourgeoisie, aufrecht entgegenstellte."

Aufgrund der mutigen Kämpfe aller demokratischen Kräfte wurde diese dunkle Periode in der türkischen Geschichte durch die Wahlen vom 14. Oktober 1973 beendet. Im Juli 1974 gewann Frau Behice Boran zusammen mit vielen anderen Patrioten, Demokraten, Progressiven und Sozialisten ihre Freiheit wieder.

Dank der Verfassungsänderung, die im wesentlichen darauf abzielte, den Mitgliedern der Demokratischen Partei DP die politischen Rechte anzuerkennen, die durch den Staatsstreich von 1960 angetastet worden waren, war schließlich auch den progressiven Kräften zugute kam, die durch das Militärregime von 1971 verfolgt worden sind, gewann Frau Behice Boran ihre politischen Rechte wieder. Seit der Wiedergründung der Arbeiterpartei der Türkei TIP am 1. Mai 1975 fiel ihr Name unter den Gründern der Partei auf und sie wurde einstimmig zur Vorsitzenden der Partei gewählt.

Frau Behice Boran steht nun von neuem an der Spitze des Kampfes für Unabhängigkeit, Demokratie, sozialen Fortschritt, Frieden und Sozialismus.

TIP-VORSITZENDE BEHICE BORAN RUFT ZUM KAMPF GEGEN DIE MILITÄRJUNTA AUF

BRÜSSEL (ITA) - Frau Behice Boran, die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), kam auf Einladung des Vizepräsidenten des Europaparlaments Piet Dänkert zu Gesprächen mit ihm und dem stellvertretenden Sekretär der Sozialistischen Fraktion David Blackman nach Brüssel. Sie erläuterte ihm die gegenwärtige Situation in der Türkei und die Aussichten auf eine Rückkehr zur Demokratie.

Frau Boran betonte, daß die Frage des Zeitpunkts einer Rückkehr zur Demokratie nicht von so großer Bedeutung ist wie die Frage, welche Form von Demokratie die

gegenwärtigen Militärherrscher in der Türkei anstreben. In diesem Zusammenhang sei die Ankündigung zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung recht aufschlußreich: es handelt sich dabei nämlich nicht um eine frei gewählte Körperschaft, sondern um ein Gremium, daß lediglich den Entwurf einer neuen Verfassung, neuer Parteiengesetze und eines neuen Wahlrechts auszuarbeiten habe. Der Nationale Sicherheitsrat behält sich absolutes Weisungsrecht vor und kann die Texte auch anschließend beliebig abändern. Politiker, egal welchen Status oder Bekanntheitsgrad sie besitzen, sollen von dieser verfassungsgebenden Versammlung ausgeschlossen bleiben.

Nach Angaben von Frau Boran hat General Kenan Evren, der die Ämter des Staatsoberhauptes, des Präsidenten des Nationalen Sicherheitsrats und des Oberbefehlshabers der Türkischen Streitkräfte auf sich vereinigt, bereits wiederholt festgestellt, daß er eine "neue Demokratie" im Sinne Atatürks aufbauen wolle und daß kein Abweichen von diesem Weg geduldet werde; jeder Abweichungsversuch soll rücksichtslos niedergeschlagen werden. Es versteht sich von selbst, daß keine Partei der Arbeiterklasse, keine linksgerichtete Partei zugelassen wird. Sämtliche legalen Parteien werden Variationen ein und desselben Prototyps sein.

Frau Boran berichtete sodann über die Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft: sämtliche Streiks waren und sind verboten; streikende Arbeiter wurden gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Lohnverhandlungen für über 500 000 Arbeiter wurden abgebrochen, für jeden Produktionsbereich werden nun Tarifverträge zwangsweise verordnet. Kündigungen stehen an der Tagesordnung; Begründung: "Die Arbeitsplätze sind für das Unternehmen nicht nutzbringend!" Die Lohnerhöhungen betragen maximal 70 % bei einer Inflationsrate von über 100 %. Es entstehen neue Gesetze, mit denen die Rechte der Gewerkschaften, besonders das Streikrecht, jede Form des demokratischen Widerstands und die Tarifautonomie eingeschränkt werden.

Frau Boran wies auch darauf hin, daß Folterpraktiken bei den Verhören der Angeklagten weit verbreitet sind. Ihr lägen Informationen über die Mißhandlung von Führern, Funktionären und einfachen Mitgliedern der fortschrittlichen Gewerkschaft DISK vor. Über 2 000 Mitglieder wurden vom Militär verhört, gegen 506 Personen wurde Anklage erhoben, über 300 befinden sich im Gefängnis. Sie werden dort u.a. mit Elektroschocks und Schlägen gefoltert.

Schließlich vertrat Frau Boran die Überzeugung, daß die Militärjunta aus zwei Gründen nicht in der Lage sei, den Terrorismus im Lande zu unterdrücken und zu beenden: erstens sollen die wirklich Verantwortlichen nicht benannt und belangt werden; zweitens können die herrschenden Klassen, das mit dem Imperialismus zusammenarbeitende Monopolkapital, das gegenwärtige System der Ausbeutung und Unterdrückung nicht aufrecht erhalten, wenn sie nicht mit Methoden des Terrors den Widerstand der Massen zerschlagen. Die Tatsache, daß die Militärjunta gegen die Nationale Bewegungspartei (MHP) und ihren Führer Türkes mit rechtlichen Schritten vorgeht, darf nicht als eine grundsätzliche Ablehnung der Militärs gegen diese faschistische Partei fehlinterpretiert werden. Allerdings waren Türkes, seine Partei und die ihr angeschlossenen Organisationen so offen mit Gewalt und Terrorakten, politischen Morden und Massakern in Verbindung gebracht worden, daß die Militärjunta auch sie fallen lassen mußten. Man sollte jedoch nicht vergessen, daß der Faschismus verschiedenartige Ausformungen annehmen kann und auch annimmt.

Frau Boran war während ihrer vierjährigen Parlamentsmitgliedschaft von 1965 bis 1969 auch Mitglied der gemeinsamen parlamentarischen Kommission der EG und der Türkei. Als ehemalige Europaparlamentarierin erhielt sie sodann während ihres Auslandsaufenthalts die Einladung des Vizepräsidenten des Europaparlaments Dankert nach Brüssel. Unmittelbar nachdem die Nachricht über ihr Gespräch mit Herrn Dankert in der türkischen Presse erschien, begannen regierungsfreundliche Zeitungen mit einer Kampagne gegen Frau Boran. Dem folgte die drastische Maßnahme der Junta.

Von ähnlichen Einschüchterungsmaßnahmen sind tausende demokratische und fortschrittliche Personen betroffen, die im Ausland einen Kampf für die Wiedererrichtung der Demokratie in der Türkei führen. Auf der Tagesordnung des Nationalen Sicherheitsrats steht ein Gesetzesvorhaben, mit dem diesen Personen die türkische Staatsangehörigkeit aberkannt werden soll. Doch schon vor einer Ratifizierung dieses Gesetzes haben die Militärs damit begonnen, die Maßnahme gegen Frau Boran und Herrn Gazioglu anzuwenden.

Das Europäische Komitee für die Einheit der Demokratie in der Türkei hat gegen diese neuen Unterdrückungsmaßnahmen der Militärjunta protestiert.

EUROPARAT ZUR TÜRKEI

STRASSBURG (ITA) - Die Verletzung der Menschenrechte in der Türkei führte Ende Januar 1981 zu erhitzten Debatten im Europarat, wobei zahlreiche Parlamentarier aus verschiedenen Ländern und politischen Gruppierungen den Bericht des österreichischen Vertreters Ludwig Steiner kritisierten. Obwohl Steiner, der die Türkei im Auftrag des Europarats besucht hatte, der Versammlung vorschlug, eine tolerante Haltung gegenüber dem Generalsregime einzunehmen, beschlossen das Politische Komitee und die Parlamentarische Versammlung des Europarates folgende Resolution zur Türkei:

"DIE RATSVERSAMMLUNG ...

- hat den Bericht ihres Politischen Komitees, der nach einem Besuch zweier Mitglieder in der Türkei vom 5. bis 8. Januar 1981 erstellt wurde, zur Kenntnis genommen;
- betont ihre auf den Statuten des Europarats basierende Haltung, daß nur Staaten, die die demokratischen Prinzipien respektieren Mitglied des Europarats sein können und erinnert in diesem Zusammenhang an die Empfehlung 904 vom 1. Oktober 1980, in der die Notwendigkeit einer sofortigen Rückkehr zu normalen demokratischen Verhältnissen in der Türkei betont wird;
- hat die Antwortnote der Ministerversammlung auf die Empfehlung 904 zur Kenntnis genommen, in der erklärt wird, daß die weitere Entwicklung in der Türkei aufmerksam beobachtet werden soll;
- betont erneut, wie bereits in § 10 der Empfehlung 904, die Notwendigkeit, daß die türkische Regierung präzise Angaben über die Umstände und den Zeitplan für eine Wiederherstellung demokratischer Institutionen macht, die den freien Willen des Volkes respektieren und völlige politische, gewerkschaftliche und Pressefreiheit wiederherstellen;
- nimmt das von der türkischen Regierung bekundete Vorhaben zur Kenntnis, die Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention, insbesondere die aus Artikel 15 hervorgehenden Rechte, voll zu respektieren und ohne Abstriche zu garantieren;
- nimmt zur Kenntnis, daß demokratische Prinzipien und die Menschenrechte in der Türkei zur Zeit nicht beachtet werden, wie aus folgenden Informationen hergeht:
 - (1) Verhaftung und Gefangennahme tausender Personen, bisher ohne Gerichtsverfahren;
 - (2) zahlreiche Fälle von Folter, obwohl der Premierminister am 6. Dezember 1980 seine Entschlossenheit bekundet hat, solchen Vorwürfen nachzugehen und wenn nötig die verantwortlichen Beamten zur Verantwortung zu ziehen;
 - (3) Zensur der Presse und literarischer Betätigung;
 - (4) andere Verletzungen der Menschenrechtskonvention, darunter Mißhandlungen;
- ist betroffen von der erneuten Praktizierung der Todesstrafe, auch wenn sie nach türkischem Gesetz verhängt wird;
- stellt fest, daß ein weiterer Verzicht auf die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in der Türkei unvereinbar mit einer fortgesetzten Mitgliedschaft im Europarat ist;
- äußert den dringenden Wunsch, daß die Untersuchungen über die Verhaftung zweier Versammlungsmitglieder, die sich zur Zeit immer noch im Gefängnis befinden, schnell abgeschlossen werden und eine baldige Kontaktaufnahme ermöglicht werden wird;
- beauftragt das Politische Komitee, die innenpolitische Entwicklung in der Türkei genau zu beobachten;
- beauftragt den Ständigen Ausschuß, die Situation in der Türkei bei seiner nächsten Sitzung in Den Haag am 26. März 1981 erneut zu beraten;
- beauftragt den Generalsekretär, die türkischen Behörden um Informationen be-

zöglich angeblicher Folter und Mißhandlung von Gefangenen, die Mitgliedern der Ratsversammlung gemeldet wurden, zu bitten;

- beschließt, die Situation in der Türkei zu Beginn der 33.ordentlichen Sitzung im Mai 1981 erneut zu prüfen."

Während der Debatte äußerten sich Europaparlamentarier zur Verletzung der Menschenrechte in der Türkei wie folgt:

Personen festgenommen worden sind, davon 1 135 rechte Extremisten, 4 509 linke Extremisten und 883 Anhänger kurdisch-separatistischer Organisationen. Die Zahl der Häftlinge, die keiner extremistischen Richtung zugeordnet werden können, beträgt über 26 000.

Die Repression reicht sogar über die türkischen Grenzen hinaus: ich bin gestern Abend aus Brüssel telefonisch informiert worden, daß Frau Behice Boran, die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei, die sich zur Zeit im Ausland aufhält, von den Militärs aufgefordert wurde, sich sofort in die Türkei zurückzugeben.

Es ist eine offenkundige Tatsache, daß die Türkei der Generale nicht länger in Übereinstimmung mit den Artikeln 1 und 3 der Statuten des Europaparlaments steht und daß die Europäische Menschenrechtskonvention in diesem Land verletzt wird. Es handelt sich um eine faschistische Regierung, die kein Recht hat, ihren Sitz im Europarat zu behalten."

Auch der norwegische Abgeordnete Liv Aasen klagte das türkische Regime in der Debatte an:

"Ganz offensichtlich ist die Türkei keine Demokratie mehr und sie erfüllt auch nicht mehr die Bedingungen und Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft im Europarat. Die Anerkennung der Europäischen Menschenrechtskonvention, in der die pluralistische parlamentarische Demokratie als fundamentaler Grundwert verankert ist, ist eine notwendige Voraussetzung für eine Mitgliedschaft im Europarat. Wir alle wissen, daß bei strikter Beachtung dieser Bedingung die Türkei bereits aus dem Europarat hätte ausgeschlossen werden müssen.

Wir wissen, daß die Situation auch vor dem 12. September 1980 schlimm war, insbesondere wegen des wachsenden Terrors im Lande, aber wir können nicht dulden, daß Terrorismus mit staatlichem Terror bekämpft wird. Wir können nicht dulden, daß Polizei und Militär Folter und Mißhandlungspraktiken anwenden. Dies widerspricht eindeutig dem Artikel 3 der Menschenrechtskonvention.

Welches sind nun die Pläne des Nationalen Sicherheitsrats bezüglich einer Rückkehr zur Demokratie. Am 7. Januar sagte General Evren in einer Rede, daß eine neue verfassungsgebende Versammlung mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt sei. Die verfassungsgebende Versammlung wird vom Nationalen Sicherheitsrat berufen. Allein dieser Plan ist eine Beleidigung demokratischer Grundsätze und wird auf keinen Fall eine demokratische Entwicklung einleiten können.

In unserer nächsten Sitzung im Mai werden wir die Situation erneut untersuchen müssen, werden wir prüfen müssen, ob die Diktatur durch eine Demokratie abgelöst wurde. Als Demokraten müssen wir unsere Solidarität mit den Unterdrückten bekunden, müssen wir freie politische Betätigung, Gewerkschafts- und Pressefreiheit in der Türkei fordern. Wenn die Generale ihr Regime fortsetzen, bleibt als einzige Konsequenz der Ausschluß der Türkei aus dem Europarat."

Neue Einschüchterungsmaßnahmen

Während der Europarat die Verletzung der Menschenrechte in der Türkei diskutierte, griff die Militärjunta zu neuen repressiven Maßnahmen. Am 25. Januar 1981 ließ die Junta verlautbaren, daß Behice Boran, die zu dieser Zeit das Europaparlament besuchte, unverzüglich in die Türkei zurückzukehren habe und sich den Militärbehörden auszuliefern habe, andernfalls werde sie expatriiert.

Diese Meldung ging wiederholt über die türkischen Radio- und Fernsehstationen; das türkische Fernsehen veröffentlichte dazu auch ein Bild von Frau Boran.

Eine ähnliche Meldung betraf Gültekin Gazioglu, den Vorsitzenden der Lehrergewerkschaft, der sich in einem europäischen Land aufhielt.

Die 71-jährige Frau Boran wurde am 12. September 1980, dem Tag des Militärputsches, trotz ihrer Herzkrankheit unter Hausarrest gestellt. Durch die harten Arrestbedingungen verschlechterte sich ihr Gesundheitszustand besonders wegen mangelnder medizinischer Versorgung. Nach heftigen Protesten demokratischer Kräfte in aller Welt war die Junta gezwungen, ihr die Ausreise zu erlauben.

D I S K - FUNKTIONÄRE GEFOLTERT

ISTANBUL (ITA) - Nach Aussage der Vorsitzenden der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) Behice Boran vor dem Europaparlament werden die Führer und Mitglieder der Vereinigung Fortschrittlicher Gewerkschaften in der Türkei (DISK) während ihrer Verhöre in den Militärkasernen systematisch gefoltert. Im folgenden veröffentlichen wir eine schriftliche Erklärung über die Folterpraktiken an Gewerkschaftsführern. Der Name des Gewerkschaftsmitglieds, das uns diese Erklärung zusandte, wird aus Sicherheitsgründen nicht genannt:

"Ich bin Mitglied der DISK (Vereinigung der Fortschrittlichen Gewerkschaften in der Türkei) und arbeitete in einer der großen Fabriken Istanbuls, wo ich auch bis zum 12. September 1980 Betriebsrat war. Nach der Machtübernahme der Generale wurden alle Vorstandsmitglieder der DISK und der ihr angeschlossenen Gewerkschaften wie auch die Betriebsratsvorsitzenden der großen Unternehmen im Raum Istanbul von den Kriegsrechtsbehörden höflich aufgefordert, sich den neuen Machthabern zu stellen.

Bis zum 17. September hatten sich etwa 2000 DISK-Mitglieder freiwillig bei den Behörden gemeldet, da sie auf die Erklärung des Nationalen Sicherheitsrats vertrauten, nach der sie auf schnelle Freilassung hoffen konnten. Wir wurden alle in Militärgefängnisse gesteckt in Istanbul, Metris, Hasdal, Alemdag und Maltepe. Abdullah Bastürk, der DISK-Vorsitzende, wurde am Morgen des 12. September unter Hausarrest gestellt. In diesen Tagen wurden die Häuser vieler Gefangener gründlich durchsucht.

Erst ersparte gar nichts. Wir warteten ängstlich. Wir konnten unsere Familien nicht sehen. Die vor dem Gefängnis warteten und uns einige schriftliche Mitteilungen, etwas Geld oder Zigaretten hineinschickten. Später erfuhren wir, daß wir bis zum 6. Oktober 'Gäste' des Nationalen Sicherheitsrats seien. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte niemand nach geltendem Recht für länger als 30 Tage festgehalten werden. Der Nationale Sicherheitsrat verlängerte diese Frist jedoch in einem Sondergesetz auf 90 Tage. Ende Oktober wurden etwa 1300 bis 1400 Gewerkschaftsmitglieder freigelassen. Die Verhöre begannen nicht vor dem 27. Oktober 1980. Erst zwei Monate später erfuhr ich die ganze Wahrheit.

Am 27. Oktober 1980 wurden Bastürk und sechs andere Gewerkschaftsführer vom Gefängnis in Metris zu den Davutpasa-Kasernen in Merter bei Istanbul gebracht. Hier steckte man sie in das Otag Hümayun (d.h. Reichszelt), das die Gewerkschafter auch 'cami' (d.h. Moschee) nannten. Dort wurden sie brutal gefoltert. Bis zum 3. November, sieben Tage und Nächte, durften sie nicht schlafen, mußten sie ständig auf einem eisernen Stuhl sitzen. Einige von ihnen bekamen Elektroschocks, andere wurden geschlagen, ihre Körper wurden gegen die Wände gestoßen. Der 52-jährige Bastürk, von 1969 bis 1977 auch Mitglied der Türkischen Nationalversammlung, wurde ebenfalls mit Elektroschocks gefoltert und bekam sieben Stunden lang Schläge auf den Kopf. Sie wurden gezwungen, sich gegenseitig zu beschimpfen. Man zwang sie, politische Parolen zu rufen, denen sie nicht zustimmten. Während der gesamten Zeit der Verhöre wurden den Häftlingen die Augen verbunden. Keiner sah die verhörenden Militärs. Es wird vermutet, daß dies Mitglieder des MIT (Nationaler Geheimdienst), der Militärpolizei und der Militärstaatsanwaltschaft waren.

Später wurden weitere DISK-Mitglieder von Metris nach Davutpasa Otag Hümayun gebracht und dort tagelang unter Folter verhört. Wir waren insgesamt 545 Gewerkschafter. Bis auf wenige Ausnahmen wurden wir alle gefoltert. Die Folterpraktiken bestanden aus physischen und sychischen Demütigungen: wir wurden geschlagen, man zwang uns zu schwören, nie wieder gewerkschaftlich aktiv zu werden, wir mußten auf unsere Kameraden urinieren. Sie rissen unser Haar und unsere Bärte, sie drohten

uns damit, uns aus einem 20 bis 30 Meter hohen Fenster zu werfen, ja sie drohten sogar mit Erhängung.

Einmal wurde einer meiner Freunde herausgerufen und man sagte ihm, sie hätten gerade Bastürk und andere Gewerkschafter gehängt; jetzt sei er an der Reihe. Sie fragten ihn, ob er einen Imman wolle oder nicht. Als er darum bat, erschien ein anderer Folterknecht, der lediglich einen Imman spielte. Zum erstenmal wurde ihm dann die Augenbinde abgenommen und man forderte ihn auf, seinen letzten Willen zu sagen. Er wollte einen Brief an seine Kinder schreiben. Mein Freund war davon überzeugt, daß man ihn jetzt hängen werde. Mit verbundenen Augen wurde er sodann auf einen Stuhl gesetzt, legten sie eine Schlinge um seinen Hals und stießen dann den Stuhl um. Es ist schwer, die Gefühle eines Gewerkschafters zu beschreiben, der sich am Rande des Todes befindet, besonders wenn er sich völlig unschuldig fühlt. Nachdem mein Freund zu Boden gefallen war, sagte einer der Folterer: 'So ein Pech! Jetzt ist der Strick heute schon zum fünften Mal gerissen. Wir haben keinen Ersatzstrick mehr. Bringt ihn weg, wir werden es dann morgen früh machen.'

Am folgenden Morgen mußte mein Freund dann mit verbundenen Augen ein Schriftstück unterzeichnen, ohne es gelesen zu haben, ohne zu wissen, wie viele Seiten dieses 'Geständnis' hatte.

Auch ich bin schwer geschlagen worden und habe Elektroschocks bekommen. Ich möchte nicht über die physischen und psychologischen Auswirkungen dieser Foltern sprechen; sie sind wohlbekannt.

Die meisten Gewerkschaftskameraden sprachen während des Schlafs. Einem Arbeiter wurde während eines Verhörs ein Bein gebrochen. Er wurde am 6. Januar 1981 verhaftet und befindet sich jetzt im Gefängnis von Davutpasa. Zahlreiche Mithäftlinge hatten Blut im Urin. Die Folter war eine so gängige Praxis in dem Gefängnis, daß die Snitätssoldaten morgens vor den Zellentüren lediglich riefen: 'Wer wurde gestern gefolter? Kommt raus, damit wir Eure Wunden behandeln können!'

Sie versuchten, Geständnisse über andere Gewerkschafter aus und herauszupressen, mit denen wir diese belasteten. Wir sollten 'gestehen', daß die DISK eine kommunistische Partei sei. Wir wurden gefragt, ob wir an Maikundgebungen teilgenommen hätten, oder ob wir an dem Begräbnis von Kemal Türkler teilgenommen hatten, dem ehemaligen DISK-Vorsitzenden, der von einem faschistischen Kommando erschossen worden war. All diese Fragen betrafen völlig legale Kundgebungen und Versammlungen. Wir wurden gefragt, ob wir an Gewerkschaftsschulungen teilgenommen hatten und welche Themen dort behandelt wurden. Sie waren besonders daran interessiert zu erfahren, welche Personen an internationalen Gewerkschaftsaktivitäten teilgenommen hatten. Aber in Wirklichkeit war es ihr Hauptziel, die Gewerkschafter so zu demütigen, daß sie zukünftig von gewerkschaftlichen Aktivitäten absehen würden. Auf diese Weise soll die fortschrittliche Gewerkschaftsbewegung in der Türkei vernichtet

Nach 60 Tagen Verhören, Folter und Todesangst wurden wir vor das Militärgericht Nr. 3 in Istanbul gebracht.

Die Militärstaatsanwälte begingen jedoch einen schwerwiegenden juristischen Fehler: ohne die Aussagen der Häftlinge in den polizeilichen Verhören protokolliert zu haben, wurden wir vor das Militärgericht zitiert, wo sie die Anklage auf jene 'Geständnisse' gründen wollten, die jedoch keine juristisch haltbaren Dokumente sind. Viele Häftlinge, darunter Bastürk und andere Vorstandsmitglieder der DISK, widersprachen vor Gericht diese 'Geständnisse' und hatten dann Gelegenheit, vor den Militärrichtern über die Folterpraktiken während der Verhöre zu berichten. Jetzt befinden sich ausführliche Berichte darüber in den Akten. Der vorsitzende Richter des Militärgerichts Nr. 3, Ismet Aytug, ließ deshalb am 27. Dezember 1980 438 der 506 Angeklagten frei. Bastürk und andere DISK-Vorstandsmitglieder wurden zusammen mit dem ehemaligen Bürgermeister von Istanbul Ahmet Isvan weiter festgehalten, weil sie die DISK bei den Vorbereitungen für die Maikundgebung unterstützt haben sollen. Am 6. Januar 1981 wurden 15 weitere Gewerkschafter von insgesamt 39 in Gewahrsam behalten. Einen Tag zuvor wurde der Militärrichter Aytug vom Kriegskommando Istanbul abberufen; er hatte sich bemüht, seine Aufgabe so rechtstaatlich wie möglich zu erfüllen.

Die Gewerkschafter befinden sich zur Zeit in folgendem Gefängnis: Davutpasa Askeri Ceza ve Tutukevi, Davutpasa/Bayrampasa, Istanbul/Türkei.

Die insgesamt 2000 festgehaltenen Gewerkschafter werden wahrscheinlich aufgrund Artikel 141, 141 und 146 des türkischen Strafrechts angeklagt werden, die die

Straftatbestände 'Staatsstreich' und 'Organisierung einer Machtübernahme zur Errichtung einer Klassendiktatur' umschreiben. Welche Dreistigkeit!!

Das Hauptquartier der DISK wurde mehrfach gründlich durchsucht. Man versuchte, 'versteckte' Pistolen, Gewehre und Bomben zu Finden, damit man die DISK, die stets den Terrorismus verurteilt hatte, als terroristische Organisation anklagen konnte. Sie konnten jedoch nichts finden. Allerdings haben sie alle anderen Materialien, Akten und Briefe beschlagnahmt. Dies wird ihnen jedoch nicht viele neue Erkenntnisse einbringen, da die Disk stets offen und legal gearbeitet hat und über ihre Aktivitäten in Bulletins, Magazinen und Zeitungen berichtet hat.

Während der Nationale Sicherheitsrat die DISK und die MISK (Nationalistischer Gewerkschaftsbund, der mit Nationalen Bewegungspartei zusammenarbeitete) verboten hat, kann die TÜRK-Is unbehelligt weiterarbeiten. Damit soll im Westen der Eindruck erweckt werden, daß man gegen extremistische Organisationen - DISK auf der Linken, MISK auf der Rechten - vorgeht, nicht aber gegen gemäßigte Gewerkschaften. Es ist lächerlich, die DISK mit 500 000 Mitglieder und die MISK mit nur 5000 Mitglieder zu vergleichen. Im Hauptquartier der MISK wurden zudem auch Pistolen und Bomben faschistischen Kommandos gefunden.

Die Militärs verboten auch Streiks und Tarifverhandlungen und erklärten, daß kein Arbeiter aus den Fabriken entlassen werde. In Wirklichkeit sind bereits hunderte von Arbeitern entlassen worden. Eine Woche nach Machtübernahme verordnete der Nationale Sicherheitsrat eine 70 %-ige Lohnerhöhung für alle Arbeiter an, deren Tarifverträge ausgelaufen waren. In der Türkei lag die Inflationsrate im Jahre 1979 bekanntlich bei 100 %, 1980 sogar bei 120 %. Doch selbst die 70 %-ige Lohnerhöhung wird nicht von allen Unternehmern gezahlt.

In der Türkei sind alle Konventionen und Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation ungültig geworden, die Menschenrechtserklärung und die Europäische Menschenrechtskonvention werden mißachtet. Und jetzt steht zu befürchten, daß die DISK für immer verboten bleibt. Dieser Brief wurde geschrieben für Gewerkschafter, die für Gewerkschaftsrechte kämpfen, für alle rechtliebenden Menschen in der ganzen Welt, die durch ihr Schweigen und ihre Gleichgültigkeit zu einer Verlängerung und Ausweitung der Folter, zu der Verweigerung von Grundrechten, darunter dem Recht sich zu organisieren und zu streiken, beitragen. 82 Gewerkschafter befinden sich im Davutpasa Militärgefängnis. Solange diese Gewerkschafter in Haft bleiben, können wir nicht wirklich befreit werden.

Jetzt müssen wir zeigen, daß INTERNATIONALE SOLIDARITÄT keine leblose Parole ist! Laßt uns für FRIEDEN und FREIHEIT kämpfen. 9. Januar 1981.

Dieser Brief wurde auch in folgender Publikation veröffentlicht:
"Rapport Syndical sur la Turquie", hg. v. Confédération Mondiale du Travail,
71, Rue Joseph II, Bte.2, 1040 Brüssel, Belgien.

DER POLIZEISTAAT WIRD INSTITUTIONALISIERT !

Es ist bekannt geworden, daß die Akten der Beamten und der Angestellten im öffentlichen Dienst von der nationalen Nachrichtenorganisation MIT kontrolliert werden.

Nach unseren Informationen werden die Daten der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst in besonderen Formularen erfaßt, die danach unter anderem an die nationale Nachrichtenorganisation MIT und den Kriegsrechtsbehörden weitergeleitet werden. Die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst müssen die Formulare, durch die sie über ihre Personalien, ihr persönliches Leben und ihre bisherige Berufslaufbahn ausgefragt werden, selbst ausfüllen und die Richtigkeit dieser Angaben durch vier verschiedene Zeugen bestätigen lassen.

Die vier Formulare, die nach dieser neuen Maßnahme ausgefüllt werden müssen, werden mit je einem Exemplar an die nationale Nachrichtenorganisation MIT, die Kriegsrechtsbehörden, die Arbeitsstelle und an den Betroffenen selbst gehen.